

# DIE BEDEUTUNG VON FRAUENQUOTEN IN PARLAMENTEN IN SUBSAHARA- AFRIKA

WOLF KRUG ||

Frauen bewegen Afrika. Sie treiben die Wirtschaft voran, spielen eine zentrale Rolle in der Gemeinschaft und ihr Engagement ist unverzichtbar für die Zivilgesellschaft des Kontinents. Ihre gesellschaftliche, rechtliche und politische Unterdrückung erschwert jedoch den Aufstieg in Parlamente und politische Ämter. Die Gleichstellung von Frauen und Männern könnte nachhaltig zur Demokratisierung und Armutsbekämpfung in Subsahara-Afrika beitragen. Auf dem Weg dahin sind jedoch noch erhebliche kulturelle und strukturelle Widerstände zu überwinden.

Die Gleichstellung von Frauen, in westlichen Demokratien inzwischen schon weit fortgeschritten, ist in vielen afrikanischen Gesellschaften noch immer die Ausnahme: Frauen werden bis heute in vielen afrikanischen Ländern zentrale Menschen- und Bürgerrechte verweigert. Sie haben schlechtere Chancen auf Bildung, Beschäftigung und gesundheitliche Grundversorgung. Traditionell wird der unbezahlten Arbeit, die sie leisten, nur ein geringer Wert beigemessen und bei Konflikten sind sie oft Opfer von Gewalt und Missbrauch. Die kulturell und traditionell geprägte Vormachtstellung des Mannes lässt Frauen zudem oft zu Opfern häuslicher Gewalt werden. Obwohl sie in hohem Maße zur sozialen und wirt-

schaftlichen Entwicklung in ihren Ländern beitragen, sind sie besonders stark von Armut und armutsbedingten Krankheiten betroffen. Im Einklang mit den Millenniums-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen wird sich die Situation der Frauen bis 2015 in den Bereichen, die die Gleichberechtigung der Geschlechter betreffen, zwar verbessert haben; jedoch vollzieht sich der gesellschaftliche Wandel (viel) langsamer als angenommen.<sup>1</sup>

Dennoch hat sich seit den 90er-Jahren einiges verändert. Im Zuge der Demokratisierungswelle ist es auf dem afrikanischen Kontinent zu einer Erstarkung der Frauenbewegung gekommen. Die gesetzliche Gleichstellung von Mann und Frau ist in vielen Ländern verfassungsrechtlich verankert. Insgesamt sind afrikanische Frauen auf der politischen Bühne sichtbarer. Bereits 1997 forderte die „SADC (South African Development Community) Declaration on Gender and Development“ eine verbindliche Quote von 30 Prozent Frauen in den Parlamenten der Mitgliedsländer. Ein Beispiel ist die Wahl der südafrikanischen Innenministerin, Nkosazana Dlamini-Zuma, zur Kommissionsvorsitzenden der Afrikanischen Union (AU) im Juli 2012. Ihre Ernennung wurde weltweit als ein großer Erfolg der afrikanischen Frauen im Kampf um politische Mit-

bestimmung gesehen und gefeiert. Auf Länderebene und mit Blick auf Möglichkeiten, den politischen Gestaltungsraum für Frauen zu erweitern, stellt sich allerdings die Frage nach der entwicklungspolitischen Relevanz von Frauenquoten.

### **Haben Frauenquoten zu mehr Gleichberechtigung in Politik und Gesellschaft geführt?**

Zu der in den letzten 20 Jahren stetig gestiegenen politischen Repräsentation von Frauen haben freiwillige und gesetzliche Frauenquoten wesentlich beigetragen. Fraglich ist jedoch, ob die jeweiligen Quotenregelungen tatsächlich zu mehr politischer und gesellschaftlicher Mitbestimmung geführt haben oder ob der äußerliche Anschein einer größeren Beteiligung trägt.

In den 23 Ländern Subsahara-Afrikas, in denen es heute verschiedene Formen von Quotenregelungen gibt, ist dies unterschiedlich zu beurteilen. Fest steht, dass es Frauen in Ländern wie Nigeria, wo keine formelle Quotenregelung besteht, noch immer fast unmöglich ist, politisch aktiv zu werden.<sup>2</sup> Andererseits zeigt das Beispiel Südafrikas, wo große Fortschritte in der politischen Repräsentation von Frauen erzielt worden sind, dass Quotenregelungen keine Garantie für eine gleichzeitige fortlaufende Verbesserung der gesellschaftlichen Situation der Mehrheit der Frauen bedeutet.

Als problematisch wird die fehlende politische Legitimation von Frauen in afrikanischen Parlamenten angeführt, wozu unter anderem auch das Wahlsystem und Quotenregelungen beitragen. Frauen, die über Parteilisten oder reservierte Quotenplätze ins Parlament kommen, verhalten sich in der Regel parteikonform und setzen sich insgesamt weniger energisch für bestimmte Problemstellungen, beispielsweise der Verbesserung individueller Frauenrechte ein, da ihnen das eigentliche Mandat hierfür fehlt.<sup>3</sup>

### **Der Einfluss von Wahlsystemen auf Frauenquoten in Afrika**

Wie in einem vom Institut für Afrika-Studien des GIGA 2012 veröffentlichten Artikel ausgeführt spiegelt sich in Afrika der weltweite Trend wider, dass in Verhältniswahlsystemen durchschnittlich mehr Frauen den Sprung ins Parlament schaffen als in Mehrheitswahlsystemen, da die Einführung von Frauenquoten leichter realisierbar ist: Während in Mehrheitswahlsystemen Quotenregelungen meist nur durch die Einführung zusätzlicher „reservierter Frauensitze“ gesellschaftlich durchzusetzen sind, können sie in Verhältniswahlsystemen über die Parteilisten eingeführt werden.<sup>4</sup>

Besteht also der politische Wille innerhalb einer Partei oder zumindest in der Parteispitze, können weibliche Kandidaten auf die Parteiwahlliste gesetzt werden, unabhängig davon, ob innerhalb der Gesellschaft - vor allem in ländlicheren Gebieten, in denen die traditionelle Vormachtstellung der Männer in der Regel noch unangefochten ist - Widerstände bestehen. Konkurrieren männliche und weibliche Kandidatinnen und Kandidaten in einem reinen Mehrheitswahlsystem direkt in Wahlkreisen gegeneinander, sind Widerstände gegen eine Quote sehr viel schwieriger zu überwinden.

Im Ergebnis haben aber auch Frauenquoten in Verhältniswahlsystemen bisher nicht zwingend zu mehr Geschlechterdemokratie in afrikanischen Gesellschaften geführt. Das Wahllistensystem bringt andere Nachteile mit sich, die sich unter bestimmten politischen Voraussetzungen auch negativ auf die gesellschaftliche Akzeptanz von Frauenquoten auswirken können.

Mit dem Übergang von einem autokratischen zu einem demokratischen Regierungssystem hat sich Südafrika – wie viele andere Länder in der Region – für ein reines Verhältniswahlrecht entschieden, um den Einzug kleinerer Parteien ins Parlament zu erleichtern und es ihnen zu ermöglichen, ein

ihrer Stimmzahl entsprechendes angemessenes Mitbestimmungsrecht zu erhalten.

In Ländern mit einem reinen Verhältniswahlrecht haben Parteiwahllisten jedoch auch negative Auswirkungen. Nicht selten haben sie zu einem rapiden Anstieg von Korruption und Vetternwirtschaft beigetragen und eine politische Elite hervorgebracht, der der politische Wille fehlt, demokratische Errungenschaften und Institutionen zu stärken. Listenplätze werden zu oft nach innerparteilichem und gesellschaftlichem Einfluss und nicht nach Qualifikationen oder politischem Profil vergeben. Es braucht aber gerade starke demokratische Institutionen, um zivilbürgerliche Forderungen, einschließlich Frauenrechten, gesellschaftlich durchzusetzen.

Diese Problematik berührt die grundsätzliche Frage, welche Wahlsysteme in welchen afrikanischen Ländern unter den spezifischen gesellschaftspolitischen Bedingungen sinnvoll sind, um Demokratie und Pluralismus zu fördern.<sup>5</sup>

### **Die Entwicklung der Frauenquote in Subsahara-Afrika**

An den folgenden Länderbeispielen lässt sich die Bedeutung von Frauenquoten für die Demokratisierungsprozesse in Subsahara-Afrika illustrieren. Trotz der unterschiedlichen historischen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung sind die schwierigen Bedingungen für wirkungsvolle Frauenquoten vergleichbar.

#### **Südafrika – zwei Schritte vor, einen zurück**

Südafrika - regionale Wirtschaftsmacht und etablierte Demokratie. Es ist nicht verwunderlich, dass das Land am Kap auch einer der Spitzenreiter in Sachen Frauenquote ist: 45 Prozent aller Abgeordneten und 38 Prozent der Minister (13 von insgesamt 34) sind Frauen.

Seit der friedlichen Transformation des Landes ist der African National Congress (ANC) die stärkste Partei des Landes. Trotz der Wahlerfolge der Democratic Alliance (DA) in den letzten Jahren gibt es bisher keine Oppositionspartei, die dem ANC als Regierungspartei Konkurrenz machen könnte. Die durch das Wahllistensystem erleichterte, vom ANC betriebene politische Patronage, das sogenannte „cadre deployment“, hat, insbesondere seit der Jahrtausendwende, eindeutig negative Auswirkungen auf die Qualität der Parlamentarier und Verwaltungsbeamten auf lokaler wie nationaler Ebene.

Was in der Mbeki-Ära begann, verschlimmerte sich unter der Regierung Jacob Zumas: Die zunehmend hierarchischen und zentralistischen Tendenzen innerhalb der Regierungspartei haben zu einer Ausweitung von Korruption und Vetternwirtschaft sowie vermehrten Angriffen auf die rechtsstaatliche demokratische Grundordnung und die Verfassung geführt.<sup>6</sup>

Der historisch vergleichsweise starken und einflussreichen zivilbürgerlichen Frauenbewegung Südafrikas ist hierdurch stark geschadet worden. So wird etwa das akute Problem der Gewalt gegenüber Frauen in den Medien wahrgenommen, findet aber politisch wenig Beachtung.<sup>7</sup>

Wie konnte es zu diesem Machtverlust der Frauenbewegung kommen? Zum einen hat die Parteitreue der ANC-Politikerinnen dazu geführt, dass Zuma trotz Vergewaltigungsvorwürfen und seines demonstrativ traditionell patriarchalischen Familienverständnisses bei seiner Wahl zum Staatspräsidenten 2009 die Unterstützung der ANC-Frauenliga erhielt.

Zum anderen haben das Parteilistensystem und die hierarchisch-zentralistische parteipolitische Struktur es Zuma erleichtert, personalpolitische Entscheidungen zu treffen, durch die sich die Zahl der strategischen Verbündeten der Frauenbewegung in den staatlichen Institutionen deutlich verringert hat. Der Einfluss von Frauenrechtlerin-

nen in der südafrikanischen Politik ist insgesamt stark zurückgegangen.<sup>8</sup>

### **Tansania – Traditionelle Gesellschaftsstrukturen trotz Quoten**

Ähnliche politische Grundstrukturen gibt es auch in Tansania. Seit der Unabhängigkeit des Landes liegt die Regierungsgewalt unangefochten bei der Chama Cha Mapinduzi (CCM). Korruption und Vetternwirtschaft sind Probleme, die demokratische und rechtsstaatliche Errungenschaften gefährden. Anders als in Südafrika wird in Tansania nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt und doch ist das Land mit 36 Prozent Frauen im Parlament eines der kontinentalen Vorbilder für die Frauenquote.

Historisch betrachtet haben tansanische Frauen seit der Unabhängigkeit des Landes 1961 aber vor allem über reservierte Sitze, wie sie in Artikel 66 (1) (b) der Verfassung vorgesehen sind, einen Platz im Parlament erhalten. Statistiken beweisen, dass ohne diese speziellen Sitze nur sehr wenige Kandidatinnen in den letzten 50 Jahren durch Direktwahlen in den Provinzen ins Parlament gekommen wären.<sup>9</sup>

Traditionelle hierarchisch-patriarchalische Gesellschaftsstrukturen verhindern bis heute, dass Frauen eine realistische Chance haben, direkt gewählt zu werden. Ähnlich wie in anderen afrikanischen Ländern werden viele Frauen im Namen von Tradition und Gebräuchen in ihren Rechten und ihrer Freiheit eingeschränkt. Auch gehört Tansania weltweit zu den Ländern mit der höchsten Geburtenrate unter Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahren.<sup>10</sup> Daran konnte auch die parlamentarische Frauenquote bisher nichts wesentlich ändern.

Am Beispiel Tansanias wird aber deutlich, wie wichtig die Existenz der Quoten für den Demokratisierungsprozess des Landes ist und welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um sie zu einem

wirksamen Mittel im Kampf um Gleichberechtigung zu machen.

Das weiß auch Tansanias stellvertretende Ministerin für Entwicklung der Gesellschaft, Frauen und Kinder, Umyy Mwalimu. Laut eines Artikels in einer tansanischen Zeitung rief sie während eines Workshops der Commonwealth Women Parliamentarians (CWP) die tansanischen Frauen dazu auf, für ihre Rechte zu kämpfen. „Macht muss man sich nehmen, sie wird nicht gegeben.“<sup>11</sup>

#### **Projekte der HSS**

In Tansania ist die Frauenförderung ein Schwerpunkt unserer Projektarbeit. Auf Grund der starken Ungleichheit in politischen Ämtern und Funktionen bildet die Hanns-Seidel-Stiftung gemeinsam mit der parlamentarischen Frauengruppe Tanzania Women Parliamentary Group (TWPG) Frauen in der Wahrnehmung ihrer politischen Führungsaufgaben fort. Ziel des Programms - Women Political Leadership Training - ist es, die Anzahl von Frauen in politischen Ämtern (parteiübergreifend) zu erhöhen und deren Rolle in der Politik zu stärken. Das Fortbildungsprogramm dient nicht nur dem besseren Verständnis von Grundkonzepten wie Good Governance und ihrer Rolle und Verpflichtung gegenüber dem Wähler, sondern erfolgreiche Frauen dienen auch als leuchtendes Beispiel für eine sich im Aufbruch befindende Frauenbewegung, die selber ihren Weg bestimmen möchte. Vorsitzende der TWPG war lange Jahre Hon. Anna Makinda, die derzeitige Parlamentssprecherin.

Viele tansanische Frauen setzen große Hoffnungen auf den seit 2011 laufenden Verfassungsreformprozess. Die Tanzania Women Parliamentary Group (TWPG) versucht, nicht nur im Hinblick auf die parlamentarische Quotenregelung, neue Akzente zu setzen. In einem vertraulichen Dokument, das der Verfassungsreformkommission übergeben wurde, wird gefordert, die Quote für Frauen von 30 Prozent auf 50 Prozent der Sitze im Parlament anzuheben

und verfassungsrechtlich festzulegen, dass eine Frau zumindest eines der drei obersten Staatsämter bekleidet.<sup>12</sup> Darüber hinaus sollen Frauen 50 Prozent aller Führungspositionen in Organisationen und Ministerien besetzen. Im Hinblick auf die qualitative Ausgestaltung der parlamentarischen Frauenquote schlagen die Parlamentarierinnen verschiedene Modelle (z. B. die Aufstellung von Frauenlisten bei Wahlen) vor, die dabei helfen sollen, die politische Legitimation weiblicher Abgeordneter sowie deren Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen.

Unterstützt wird die TWPG dabei unter anderem von der Tanzania Women Lawyers Association (TAWLA), die die Gleichberechtigung von Frauen und Kindern in der neuen Verfassung, insbesondere auf den Gebieten des Familien-, Erb-, Arbeits-, Schul- und Einbürgerungsrechtes, klar formuliert wissen will.<sup>13</sup>

Es bleibt abzuwarten, welche Quotenregelungen und Frauenrechte in die neue Verfassung Einzug halten, wann diese letztendlich verabschiedet wird und welche rechtlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen sich daraus tatsächlich langfristig ergeben. Eine Verfassungsreform im Sinne der Frauen scheint zumindest nicht unwahrscheinlich.

### **Uganda – Einzelerfolge machen Mut**

Wie viel gesellschaftliche Symbolkraft mit parlamentarischen Frauenquoten in Afrika verbunden ist, zeigt das Beispiel Ugandas. Obwohl bereits seit 1986 eine Frauenquote auf kommunaler Ebene existiert, dauerte es über 20 Jahre, bis 2011 erstmalig eine Parlamentssprecherin gewählt wurde. Ein Erfolg, der ohne Frauenquote undenkbar gewesen wäre. Die international umstrittene Juristin Rebecca Alitwala Kadaga hat bereits in ihrem ersten Amtsjahr versucht, ein neues Eheschließungs- und Scheidungsgesetz durchs Parlament zu bringen.<sup>14</sup> Das Gesetz würde Frauen unter anderem das Recht auf einen Teil des Ehegattenvermö-

gens im Erb- oder Scheidungsfall einräumen. Das Gesetz stößt jedoch auf Widerstand von religiösen und konservativen Gruppierungen und die Parlamentsdebatten gestalten sich zäh.<sup>15</sup>

Für Frauenaktivistinnen wie Solome Kimbugwe Nakaweesi ist die Wahl Kadagas eine ausgesprochen gute Nachricht. Sie ist sicher, "von ihrem Erdrutschsieg geht auf jeden Fall eine emanzipatorische Wirkung aus."<sup>16</sup>

Bisher gab es in Uganda nur wenige Frauen in politischen Führungspositionen. Die 1989 eingerichteten 39 reservierten Frauensitze sollten anfänglich nur den inklusiven Charakter des Einparteiensystems unterstreichen.<sup>17</sup> Sie wurden durch ein überwiegend männlich besetztes Gremium vergeben, das parteitreue Kandidatinnen aus der regierenden NRM-Partei auswählte. Dementsprechend konnte die Frauenbewegung ihre politischen Forderungen, wie zum Beispiel eine Reform des Erbrechtes, nicht über die in ihrem Handlungsspielraum begrenzten Parlamentarierinnen durchsetzen.

Daran änderte auch die Wiedereinführung des Mehrparteiensystems 2005 nichts. Heute liegt die Frauenquote bei 35 Prozent. Viele Frauenrechtlerinnen beurteilen ihre qualitative Ausgestaltung aber noch immer als mangelhaft.<sup>18</sup> Den meisten Parlamentarierinnen fehlt die politische Legitimation, frauenpolitische Interessen unabhängig von Parteiinteressen erfolgreich zu vertreten.

Die Wahl Kadagas ist daher als positiver Einzelfall zu bewerten. In den Augen der Abgeordneten der regierenden Nationalen Widerstandsbewegung, Mary Kororo Okurut, ist ihr Sieg ein Zeichen dafür, dass Ugandas Frauen in der Politik immer mehr an Bedeutung gewinnen: "Kadaga has not been elected just because she is a woman [...]. She is elected for the simple reason that she is a competent person in her right."<sup>19</sup>

## Ghana – Hoffnung auf neue Gesetze

Hoffnung auf mehr Gleichberechtigung gibt es auch in Ghana, obwohl es in Westafrikas Vorzeigedemokratie trotz der großen Demokratisierungsfortschritte, eines funktionierenden Mehrparteiensystems und den Bemühungen der ehemaligen Parlamentssprecherin Joyce Bamford-Addo bisher nicht gelungen ist, Frauen durch eine Quote mehr politische Mitbestimmung einzuräumen.

Bereits seit 1992 ist in Ghana die formelle Gleichstellung der Geschlechter gesetzlich garantiert. Durch Wohnheits- und Erbrecht wird Frauen aber beispielsweise Landbesitz in der Regel verwehrt und somit auch der Zugang zu Investitionskrediten erschwert. Immerhin traten bei den Wahlen im Dezember 2012 30 Prozent mehr weibliche Kandidatinnen an und es sind nun 10,3 Prozent Frauen im Parlament vertreten. Das ist zwar immer noch eine niedrige Quote, aber dennoch die höchste seit dem Beginn der 4. Republik in 1992.<sup>20</sup>

Besonders in den drei Nordprovinzen, in denen ländliche Armut und traditionelle Verhaltensweisen den Alltag prägen, ist die Situation für Frauen schwierig. Hier zeigt sich besonders deutlich, dass die politische Demokratisierung eines Landes nicht unbedingt eine gleichzeitige Demokratisierung der Gesellschaft mit sich bringt.<sup>21</sup>

Es gibt allerdings inzwischen viele gut vernetzte zivilrechtliche Organisationen in Ghana, die versuchen, diesen Zustand zu ändern. Unter anderem prangert FIDA-Ghana, ein Ableger der International Federation of Women Lawyers, Unterschiede in der Rechtsprechung an, klärt Frauen über ihre Rechte auf und vertritt sie vor Gericht. In 2007 wurde außerdem ein Gesetz gegen häusliche Gewalt (Domestic Violence Act) erlassen, bei dem es zwar noch an der Umsetzung mangelt, das aber zumindest formell Frauen und Kinder vor Gewalt in der Familie schützt und Opfern die Möglichkeit gibt, sich juristisch zur Wehr zu setzen.

Unterstützt werden die Ziele der Frauenorganisationen seit Längerem nicht nur von westlichen Gebern, sondern auch von Frauen in der Politik wie der ehemaligen ghanaischen Ministerin für Angelegenheiten von Frauen und Kindern, Hajia Alima Mahama, die sich vor allem für bessere Bildungschancen für Frauen einsetzte und versuchte, die Themen Gleichberechtigung und Gewalt gegen Frauen öffentlich zu diskutieren.<sup>22</sup>

Im Hinblick auf die Einführung einer parteilichen Frauenquote hat die nichtstaatliche Organisation „Abantu for Development“ gemeinsam mit der staatlichen Frauenbehörde eine Gesetzesvorlage entworfen, die es Ghanaerinnen zukünftig erleichtern soll, in der Politik Karriere zu machen. Mit dem Frauenförderungsgesetz würde eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, Parteien in die Verantwortung zu nehmen, Frauen als Kandidaten aufzustellen.<sup>23</sup> Länder wie Südafrika, Tansania und Uganda dienen hier als Vorbilder. Die Befürworter hoffen, dass das Gesetz innerhalb der laufenden Legislaturperiode in Kraft tritt.

Hilary Gbedemah, Rektorin des Law Institute in Accra, einem Trainingszentrum für Frauen, ist davon überzeugt, dass zumindest vorübergehend Sonderregelungen notwendig sind, um Frauen den Zugang zu Politik und öffentlichen Ämtern überhaupt zu ermöglichen.<sup>24</sup> Ihr Wort hat Gewicht: die prominente Aktivistin vertritt seit Januar 2013 Ghana im UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (UNCEDAW).<sup>25</sup>

### **Frauenquoten: nur *ein* Mittel auf dem Weg zu mehr Frauenrechten und Demokratie**

Frauenquoten in afrikanischen Parlamenten haben eine übergeordnete Bedeutung für den Demokratisierungsprozess auf dem Kontinent - sie haben die Sichtbarkeit von Frauen in afrikanischen Gesellschaften erhöht und ihnen den ersten prinzipiellen Zu-

gang zur Politik ermöglicht. Für viele afrikanische Frauen, die um mehr Selbst- und Mitbestimmung kämpfen, besitzen sie großen symbolischen Wert.

Ihre Existenz alleine ist oftmals ein Anzeichen für den Demokratisierungswillen von oben und/oder eine Reaktion auf den gesellschaftlichen Druck von unten. Vor allem in Gesellschaften, in denen sozioökonomische Hindernisse besonders schwer zu überwinden sind, sind Frauenquoten in der Politik ein wichtiger Schritt, um die Gleichberechtigung voranzutreiben.

Jedoch zeigen die Länderbeispiele, dass Frauenquoten alleine nicht genug sind und letztlich oft nur auf ihre Symbolwirkung beschränkt bleiben. Außerdem gibt es in der Ausgestaltung von Frauenquoten und somit in ihrer Wirkung erheblichen Optimierungsbedarf. Kein Land demonstriert die Ambiguität von Frauenquoten in Subsahara-Afrika besser als Südafrika. Auf dem Papier vermitteln die Quoten einen hohen Grad an Gleichberechtigung, doch in Wahrheit basiert die Gesellschaft weitgehend auf einem patriarchalischen Familienverständnis. Das Thema Frauenrechte bleibt oft ein politisches Randthema.

Entwicklungszusammenarbeit kann von beiden Seiten des Spektrums versuchen, sich für Frauenrechte einzusetzen. In den Ländern, in denen es bereits Quoten gibt, muss die Zivilgesellschaft gestärkt und die Demokratisierung vorangetrieben werden, so dass die Gleichstellung der Frau glaubhaft auf der politischen Agenda vertreten werden kann. In Ländern wie Ghana, in denen die Zivilgesellschaft Frauenrechte bereits einfordert und der Demokratisierungsprozess fortgeschritten ist, kann die Anzahl der weiblichen Vertreter in der Politik durch eine Frauenquote gefördert werden.

|| DR. WOLF KRUG

Auslandsmitarbeiter Südafrika

Unter Mitarbeit von Marlene Bernard

## ANMERKUNGEN

- 1 Aktuelle Daten zeigen insbesondere bei den Einschulungsquoten im Grundschulbereich ermutigende Fortschritte. Auch die Quoten für weiterführende Schulen sind auf einem positiven Weg, die jedoch qualitativ verbessert werden müssen. Die ökonomische Gleichberechtigung bedarf ebenfalls noch großer Anstrengung. So sind mehr als 60 Prozent der Frauen in informellen Beschäftigungsverhältnissen, die Entlohnung für gleiche Arbeit beträgt in einigen Ländern nur 50 Prozent der von Männern, so dass auch der Anteil der Frauen in Armut weit über dem Durchschnitt liegt. Vgl. UNDP (2013): MDG Report 2013: Assessing Progress in Africa Toward the Millennium Development Goals, URL [http://www.undp.org/content/dam/undp/library/MDG/english/MDG%20Regional%20Reports/Africa/MDG%20report%202013%20summary\\_EN.pdf](http://www.undp.org/content/dam/undp/library/MDG/english/MDG%20Regional%20Reports/Africa/MDG%20report%202013%20summary_EN.pdf) [10.06.2013].
- 2 Prägend für die Rechte von Frauen ist der Konflikt zwischen dem muslimischen Norden und dem christlichen Süden des Landes. Die Einführung der Scharia in das Straf- und Zivilrecht einiger nördlicher Bundesstaaten hat zu gravierenden Bürger- und Menschenrechtsverletzungen geführt, von denen Mädchen und Frauen in besonderem Maße betroffen sind. In Nigeria sitzen nur 6,7 Prozent (2012) Frauen im nationalen Parlament, das Land bekleidet mit diesem sehr niedrigen Wert Rang 167 im Weltvergleich (Quelle: Weltbank); Vgl. Nord, Antonie Katharina (2012): Mehr Geschlechtergerechtigkeit? Zur Frauenquote in Afrika, GIGA Focus 5/2012, S.2.
- 3 Vgl. Mattes Prof., Robert (2012): Do African Parliaments Matter in the Advance of Democracy?, Vortrag bei einer HSS-Konferenz, Kapstadt. Prof. Mattes lehrt und forscht an der University of Cape Town, Africa Research Unit.
- 4 Vgl. Nord, Antonie Katharina (2012).
- 5 Die Vor- und Nachteile von Verhältnis- und Mehrheitswahlsystemen werden auch in Deutschland und Europa immer wieder diskutiert.
- 6 Aufgrund der vielen Korruptionsfälle auf Regierungsebene wird eine Reform des Wahlrechts besonders von der Opposition und Kritikern des ANC gefordert. Die Diskussion ist nicht neu. Viele Experten halten ein personalisiertes Verhältniswahlrecht wie in Deutschland für eine gute Lösung.
- 7 Hierzu ist anzumerken, dass die Gewalt gegenüber Frauen in Südafrika trotz der sehr hohen Vergewaltigungsrate keine Rückschlüsse auf den Grad der Gleichberechtigung südafrikanischer Frauen im Vergleich mit anderen afrikanischen Ländern zulässt. Gewaltbereitschaft ist ein allgemeines gesellschaftliches Problem mit verschiedenen Ursachen; allerdings sind Frauen und Kinder besonders betroffen. Im Vergleich zu Frauen in vielen anderen afrikanischen Ländern genießen südafrikanische Frauen, vor allem in den Städten, ein hohes Maß an Selbst- und Mitbestimmung.
- 8 Vgl. Nord, Antonie Katharina (2012), S.7.
- 9 Vgl. Tanzania Women Parliamentary Group (2013): Comments of the Tanzania Women Parliamentary Group in the process of writing a New Constitution (Übersetzung der Zusammenfassung aus dem Kiswaheli ins Englische durch das HSS Büro Tansania). Die Zusammenfassung wurde von dem HSS Partner TWPG mit HSS-Unterstützung erarbeitet.
- 10 Vgl. Weltbank (2012): Adolescent fertility rate (births per 1,000 women ages 15-19), URL <http://data.worldbank.org/indicator/SP.ADO.TFRT> [26.04.2013].
- 11 The Citizen, 19.09.2011.

- 12 Vgl. Tanzania Women Parliamentary Group (2013).
- 13 Für weitere Informationen zu TAWLA URL <http://www.tawla.or.tz> [25.04.2013].
- 14 Frau Kadaga wurde international wegen Äußerungen gegen Homosexuelle und wegen ihrer Unterstützung eines Gesetzes kritisiert, das Homosexualität unter Strafe stellt. Vgl. BBC (2012): Uganda to pass anti-gay law as 'Christmas gift', URL <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-20318436> [25.04.2013].
- 15 Red Pepper Online Newspaper Staff Reporter (2013): Marriage and Divorce Bill: Speaker Kadaga Sends MPS on Recess, URL <http://www.redpepper.co.ug/marriage-and-divorce-bill-speaker-kadaga-sends-mps-on-recess/> [10.06.2013].
- 16 Zit. nach Wambi, Michael (2011): First Woman Speaker of Parliament Changing Politics, in: Inter Press Service, 24.05.2011, URL <http://www.ipsnews.net/2011/05/politics-first-woman-speaker-of-parliament-changing-politics/> [25.04.2013].
- 17 Vgl. Nord, Antonie Katharina (2012), S.4
- 18 Vgl. Gouws, Amanda / Hassim, Shireen (2011): The power to change: Women's participation and representation in Africa, HBS Engendering Leadership Project, Kapstadt.
- 19 Zit. nach Wambi, Michael (2011).
- 20 Vgl. Inter Parliamentary Union (2013): Women in national parliaments, Stand: 01.04.2013, URL <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm> [25.04.2013].
- 21 Vgl. Bawa, Sylvia / Sanyare, Francis (2013): Women's Participation and Representation in Politics: Perspectives from Ghana, Taylor & Francis Online, Volume 36, Issue 4. Die Autoren argumentieren, dass aufgrund der tiefverwurzelten soziokulturellen Hindernisse die Beteiligung von Frauen im öffentlichen Leben stagniert bzw. insgesamt sogar wieder zurückgegangen ist. Sie halten positive Diskriminierungsmaßnahmen (affirmative action) für den einzigen Weg, hierarchisch-patriarchische Strukturen aufzubrechen.
- 22 Ardayfio, Rosemary (2007): Ghana Lauded For Passage Of Domestic Violence Bill, in: Modern Ghana, 06.03.2007, URL <http://www.modernghana.com/news/125007/1/ghana-lauded-for-passage-of-domestic-violence-bill.html> [25.04.2013].
- 23 Vgl. Migneault, Jonathan / Okertchiri, Jamila Akweley (2012): Making it Compulsory to Have Women in Ghana's Parliament, in: Intere Press Service, 12.07.2012, URL <http://www.ipsnews.net/2012/07/making-it-compulsory-to-have-women-in-ghanas-parliament/> [24.04.2013].
- 24 Vgl. Women, Media and Change (2012): Election 2012 - Female Aspirants Need Capacity Boost, URL <http://www.womec.org/content/election-2012-female-aspirants-need-capacity-boost> [24.04.2013].
- 25 Vgl. Ministry of Women & Children's Affairs (2013): Ghanaian Female Achievers - Hilary Gbedemah, URL [http://femaleachievers.org/dir\\_dowprofile\\_details.cfm?dowdirID=615&prof\\_categoryid=35&category\\_id=2](http://femaleachievers.org/dir_dowprofile_details.cfm?dowdirID=615&prof_categoryid=35&category_id=2) [25.04.2013].